



Studien- und Prüfungsordnung

für die Bachelor- und Master-Studiengänge an der

Hochschule Biberach vom 01.03.2026

Aufgrund von § 8 Abs. 5 in Verbindung mit § 32 Abs. 3 und 4 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) in der Fassung vom 01. Januar 2005 (GBl. S. 1 ff), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Fünften Gesetzes zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften vom 12. November 2024 (GBl. S. 29), hat der Senat der Hochschule Biberach am 05.11.2025 die Allgemeine Studien- und Prüfungsordnung der Hochschule Biberach beschlossen. Der Rektor der Hochschule Biberach hat am 11.11.2025 dieser Satzungsänderung zugestimmt.

§ 1 Geltungsbereich

A. Allgemeiner Teil

- § 2 Allgemeine Ziele des Studiums, Zweck der Prüfung, Akademischer Grad
- § 3 Vorpraktika
- § 4 Regelstudienzeit, Aufbau des Studiums und Stundenumfang, Module, Leistungspunkte, Zusatzfächer
- § 4a Studienmodell „Bachelor International“
- § 4b Auslandssemester
- § 4c Incomings
- § 4d Urlaubssemester
- § 5 Teilzeitstudium
- § 6 Praktische Studiensemester
- § 7 Prüfungsaufbau
- § 8 Verlust der Zulassung zum Studiengang und des Prüfungsanspruchs; Fristen



- § 8a Mutterschutz, Erziehungs- und Betreuungszeiten, Pflegezeiten
- § 9 Studien- und Prüfungsleistungen, allgemeine Zulassungsvoraussetzungen, Externenprüfung und Sonderregelungen
- § 9 a Elektronische Präsenz- und Fernprüfungen
- § 9 b Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI)
- § 10 Mündliche Prüfungsleistungen
- § 11 Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten
- § 12 Bachelorarbeit und Masterarbeit
- § 13 Bewertung der Prüfungsleistungen/ECTS-Noten
- § 14 Anmeldung, Abmeldung, Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 15 Bestehen von Prüfungen
- § 16 Wiederholbarkeit von Prüfungen
- § 17 Endgültiges Nichtbestehen der Bachelor- und Masterprüfung
- § 18 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie Vor- oder Zwischenprüfungen
- § 19 Bildung der Gesamtnote, Zeugnisse, Bachelor- und Masterurkunde
- § 20 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 21 Einsicht in die Prüfungsakte
- § 22 Prüfungsausschuss
- § 23 Prüfer und Beisitzer
- § 24 Elektronische Mitteilungen

B. Besonderer Teil

- § 26 Bachelorstudiengang Architektur (8. Sem.)
- § 27 Bachelorstudiengang Bauingenieurwesen
- § 27a Bachelorstudiengang Civil Engineering (6. Sem.)
- § 28 Bachelorstudiengang Bau-Projektmanagement/Bauingenieurwesen
- § 28a Bachelorstudiengang Holzbau-Projektmanagement /Bauingenieurwesen
- § 29 Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft (Bau und Immobilien) (ausgelaufen)
- § 29a Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkten
- § 30 Bachelorstudiengang Medizinische Biotechnologie
- § 31 Bachelorstudiengang Pharmazeutische Biotechnologie
- § 32 Bachelorstudiengang Energiewirtschaft (ausgelaufen)
- § 33 Bachelorstudiengang Industrielle Biotechnologie (ausgelaufen)
- § 34 Bachelorstudiengang Angewandte Biotechnologie
- § 35 Bachelorstudiengang Energie-Ingenieurwesen
- § 36 Masterstudiengang Architektur (ausgelaufen)
- § 37 Masterstudiengang Ressourcenschonende Architektur (2.Sem.)
- § 39 Masterstudiengang Projektmanagement (Bau)
- § 40 Masterstudiengang Betriebswirtschaft
- § 41 Masterstudiengang Bauingenieurwesen
- § 42 Masterstudiengang Engineering Management
- § 43 Masterstudiengang Energie- und Gebäudesysteme



§ 44 Masterstudiengang Industrielle Biotechnologie

§ 45 Masterstudiengang Holzbau-Ingenieurwesen

C. Fachspezifische Studien- und Prüfungsordnung für den gemeinsamen konsekutiven Masterstudiengang Industrielle Biotechnologie der Hochschule Biberach und der Universität Ulm

D. Schlussbestimmungen

§ 45 Inkrafttreten, Übergangsregelungen



§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Studien- und Prüfungsordnung gilt für die Bachelor- und Masterstudiengänge. Die Bestimmungen basieren auf den gesetzlichen Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes und des Landeshochschulgesetzes des Landes Baden-Württemberg sowie der Rahmenvorgaben der Kultusministerkonferenz (KMK) und des Akkreditierungsrats. Sie gelten für alle im Bachelor- und Masterstudium an der Hochschule Biberach angebotenen Studiengängen mit Ausnahme des Kooperationsstudiengangs Master Pharmazeutische Biotechnologie.
- (2) Der jeweilige Besondere Teil der Studien- und Prüfungsordnung sowie die Fachspezifische Studien- und Prüfungsordnung für den gemeinsamen konsekutiven Masterstudiengang Industrielle Biotechnologie der Hochschule Biberach und der Universität Ulm dürfen dem Allgemeinen Teil der Studien- und Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Hochschule Biberach vom 01.03.2026 nicht widersprechen, soweit nicht diese Ordnung ausdrückliche Ausnahmen zulässt. Letzteres gilt insbesondere für die Fachspezifische Studien- und Prüfungsordnung für den gemeinsamen konsekutiven Masterstudiengang Industrielle Biotechnologie der Hochschule Biberach und der Universität Ulm vom 21.02.2020. Deren Regelungen gehen insgesamt, jedoch beschränkt auf ihren Fachbereich dem Allgemeinen Teil der Studien- und Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Hochschule Biberach vom 01.03.2026 vor.
- (3) Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Studien- und Prüfungsordnung gelten für Frauen und Männer in gleicher Weise.

A. Allgemeiner Teil

§ 2 Allgemeine Ziele des Studiums, Zweck der Prüfung, Akademischer Grad

- (1) Das Studium an der Hochschule Biberach bereitet entsprechend den studiengangspezifischen Studienzielen durch wissenschaftlich fundierte und anwendungsbezogene Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, die die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden erfordern. Ziele, Inhalte, Aufbau und Leistungsanforderungen der einzelnen im Bachelor- und Masterstudium angebotenen Studiengänge sind im jeweiligen Besonderen Teil der Studien- und Prüfungsordnung geregelt.
- (2) Die Bachelorprüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss. Durch die Prüfung soll festgestellt werden, ob der Kandidat die Ziele des Studiums erreicht hat.
- (3) Das Masterstudium baut auf ersten Hochschulabschlüssen fachlich auf, erweitert erworbene Kompetenzen oder vertieft sie unter Einbeziehung berufspraktischer Erfahrungen. Durch die Prüfungen soll festgestellt werden, ob der Kandidat die Ziele des Studiums erreicht hat. Der Profiltyp des jeweiligen Masterstudiengangs (stärker anwendungsorientiert oder stärker forschungsorientiert) ist im Besonderen Teil festgelegt.
- (4) Aufgrund der bestandenen Bachelorprüfung wird der akademische Grad „Bachelor of Arts“ (abgekürzt: „B.A.“) für den Studiengang Architektur verliehen. Für die Studiengänge Betriebswirtschaft mit Schwerpunkten, Betriebswirtschaft (Bau und Immobilien, Energiewirtschaft, Pharmazeutische



Biotechnologie, Medizinische Biotechnologie und Angewandte Biotechnologie wird der akademische Grad: „Bachelor of Science“ (abgekürzt: „B.Sc.“) verliehen. In den Studiengängen Bauingenieurwesen, Bau-Projektmanagement/ Bauingenieurwesen, Bau-Projektmanagement Holzbau/ Bauingenieurwesen, und Energie- Ingenieurwesen wird der akademische Grad „Bachelor of Engineering (abgekürzt: „B.Eng.“) verliehen.

- (5) Aufgrund der bestandenen Masterprüfung wird der akademische Grad Master of Engineering (abgekürzt: „M.Eng.“) in den Studiengängen Bauingenieurwesen, Projektmanagement (Bau), Holzbau-Ingenieurwesen und Engineering Management verliehen. In den Studiengängen Betriebswirtschaft, Energie- und Gebäudesysteme, Ressourcenschonende Architektur sowie Industrielle Biotechnologie der akademische Grad „Master of Science“ (abgekürzt: „M.Sc.“) verliehen.

§ 3 Vorpraktika

- (1) In den Bachelorstudiengängen Bauingenieurwesen und Bau- Projektmanagement/Bauingenieurwesen ist als Voraussetzung für die Immatrikulation eine berufspraktische Tätigkeit (Vorpraktikum) nachzuweisen. Dauer, zeitliche Festlegung und Ausbildungsinhalte der Vorpraktika sind im Besonderen Teil festgelegt. Eine abgeschlossene Berufsausbildung in einem entsprechend anerkannten Ausbildungsberuf kann auf das Vorpraktikum angerechnet werden.
- (2) Die Hochschulleitung kann einen Studienbewerber ausnahmsweise trotz fehlender oder nicht vollständiger berufspraktischer Tätigkeit immatrikulieren, wenn das Vorpraktikum aus zwingenden Gründen nicht oder nicht vollständig durchgeführt werden konnte. In diesem Fall ist das Vorpraktikum spätestens bis zum Ende des ersten Studienabschnittsnachzuholen.

§ 4 Regelstudienzeit, Aufbau des Studiums und Stundenumfang, Module, Leistungspunkte, Zusatzfächer

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt im Bachelorstudiengang Architektur 8 Semester, im Masterstudiengang Ressourcenschonende Architektur 2 Semester, im Masterstudiengang Industrielle Biotechnologie 4 Semester, in den übrigen Bachelorstudiengängen 7 und in den übrigen Masterstudiengängen 3 Semester. Eine Überschreitung der Regelstudienzeit ist um maximal 3 Fachsemester in Bachelorstudiengängen und maximal 2 Fachsemester in Masterstudiengängen möglich.

Sie umfasst die theoretischen Studiensemester, die integrierten praktischen Studiensemester in den Bachelorstudiengängen, einschließlich der Zeit für die Anfertigung der Bachelor- und Masterarbeit sowie für die vollständige Ablegung aller Prüfungen.

Die Regelstudienzeit der Bachelorstudiengänge (ausgenommen der Bachelorstudiengang Architektur) erhöht sich von 7 auf 8 Semester, wenn das Studienmodell „Bachelor International“ absolviert wird.

Die Regelstudienzeit der Bachelorstudiengänge Energiewirtschaft und Bau-Projektmanagement/Bauingenieurwesen erhöht sich von 7 auf 8 Semester, wenn das Studienmodell „vertiefte Praxis“ absolviert wird. Einzelheiten zu dem Studienmodell „vertiefte Praxis“ regeln die besonderen Teile der Bachelorstudiengänge Energiewirtschaft und Bau-Projektmanagement/Bauingenieurwesen.

- (2) Im Bachelorstudium mit einer Regelstudienzeit von mehr als drei Jahren findet eine Zwischenprüfung statt, in der der Studierende nachzuweisen hat, dass er die für eine erfolgreiche Weiterführung des Studiums notwendigen fachlichen und methodischen Grundlagen erworben hat.



- (3) Der zeitliche Gesamtumfang der für den erfolgreichen Abschluss des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen im Pflicht- und Wahlpflichtbereich in Semesterwochenstunden wird im Besonderen Teil festgelegt. Zum erfolgreichen Abschluss des Studiums müssen insgesamt im Bachelorstudiengang Architektur 240, im Masterstudiengang Ressourcenschonende Architektur 60 Leistungspunkte, in den übrigen Bachelorstudiengängen 210 bzw. für die Studienmodelle „Bachelor International“ und „vertiefte Praxis“ 240 und in den übrigen Masterstudiengängen 90 Leistungspunkte erworben werden. Jeder Masterabsolvent muss am Ende des Studiums in der Regel 300 Leistungspunkte nachweisen. Einzelheiten, wie eventuell fehlende Leistungspunkte erworben werden können, regelt der Besondere Teil.
- (4) Die Gliederung des Studiums regelt der Besondere Teil.
- (5) Eine Tätigkeit als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Hochschule oder des Studierendenwerks während mindestens eines Jahres kann bis zu einem Studienjahr bei der Berechnung der Prüfungsfristen unberücksichtigt bleiben; die Entscheidung darüber trifft der Rektor.
- (6) Das Studium ist modular aufgebaut. Ein Modul bezeichnet einen Verbund von thematisch und zeitlich aufeinander abgestimmten Lehrveranstaltungen, die entsprechend dem für eine erfolgreiche Teilnahme erforderlichen Zeitaufwand mit einer bestimmten Zahl von Leistungspunkten verbunden sind. Die Maßstäbe für die Zuordnung von Leistungspunkten entsprechen dem ECTS (European Credit Transfer System). Ein Leistungspunkt entspricht dabei 30 Stunden studentischer Arbeitszeit.
- (7) Der Pflichtbereich umfasst die Lehrveranstaltungen, auf die sich das Studium in den einzelnen Studiensemestern erstrecken muss.
Der Wahlpflichtbereich umfasst die Lehrveranstaltungen, die Studierende aus dem Lehrangebot in der vorgeschriebenen Weise in den einzelnen Studiensemestern auswählen müssen. Jeder Studierende muss bis zur durch Aushang festgelegten Frist gewählte Wahlpflichtfächer der Hochschule schriftlich mitteilen. Eine Änderung der getroffenen Wahl ist nur aus triftigem Grund in den ersten 2 Vorlesungswochen des Semesters möglich. Der Antrag auf Änderung ist schriftlich beim Studiendekan zu stellen. Lehrveranstaltungen in Wahlpflichtfächern werden nur bei mindestens 6 Hörern durchgeführt.
- (8) Studierende können auf Antrag weitere, im Besonderen Teil nicht vorgeschriebene Prüfungsleistungen, aus dem Fächerangebot der Hochschule im Zeugnis als Zusatzfach aufnehmen lassen. Zusatzfächer werden in der Gesamtnote nicht berücksichtigt und erhalten auch keine Leistungspunkte.
- (9) Der Besondere Teil der Studienprüfungsordnung soll für die Dauer von 2 Semestern in Kraft sein, bevor dieser durch eine Änderung inhaltliche Anpassungen erfährt. In der genannten Zeitfrist darf eine temporäre Änderung eingebracht werden. Änderungen am besonderen Teil der Studienprüfungsordnung müssen im ersten Senat des Vorsemesters verabschiedet werden.
- (10) Temporäre Änderungen werden im ersten Fakultätsrat des laufenden Semesters beschlossen. Temporäre Änderungen betreffen die festgelegte Reihenfolge und Art der Lehrveranstaltungen, deren Prüfungsarten und Prüfungsdauer, welche aus zwingenden Gründen für die Dauer von maximal zwei Semestern abgeändert werden. Im Anschluss beschließt der Fakultätsrat die Verstetigung der temporären Änderung durch eine Änderung des Besonderen Teils der Studienprüfungsordnung. Ohne Beschluss wird der ursprüngliche Zustand wieder eingesetzt.



§ 4a Studienmodell „Bachelor International“

- (1) Das Studienmodell „Bachelor International“ aller Studiengänge der Hochschule Biberach erstreckt sich über acht Semester mit insgesamt 240 Leistungspunkten von denen mindestens zwei Semester im Ausland absolviert werden müssen. In der Regel handelt es sich hierbei um ein theoretisches- und ein praktisches Studiensemester. Auf Antrag des Studierenden kann in begründeten Fällen das praktische durch ein theoretisches Studiensemester oder umgekehrt, das theoretische durch ein praktisches Studiensemester ersetzt werden (die Bachelorarbeit ist Bestandteil eines theoretischen Studiensemesters). Über den Antrag entscheidet der jeweils zuständige Prüfungsausschuss. Bei theoretischen Studiensemestern an einer ausländischen Hochschule müssen fremdsprachige Vorlesungen belegt werden. Praktische Studiensemester im Ausland müssen ebenfalls in einer Fremdsprache absolviert und der Praktikumsbericht muss in der Regel in englischer Sprache verfasst werden.
- (2) Falls die Studiengänge ein Auswahlverfahren durchführen wollen, hat es gemäß einer Auswahlatzung des jeweiligen Studiengangs für das Studienmodell „Bachelor International“ zu erfolgen. Die Regelungen der Satzung der Hochschule Biberach für das hochschulinterne Auswahlverfahren und die Anerkennung von Leistungen für das Studienmodell „Bachelor International“ im Bachelorstudiengang Architektur vom 21.02.2019 gehen insgesamt, jedoch beschränkt auf den Fachbereich den Regelungen des § 4a des Allgemeinen Teils der Studien- und Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge an der Hochschule Biberach vom 20.02.2011 vor.
Zur erfolgreichen Teilnahme am Studienmodell „Bachelor International“ sind folgende Bedingungen zu erfüllen und am Anschluss an den Auslandsaufenthalt bzw. zum Ende des Studiums nachzuweisen:
 - Das Beherrschen einer Fremdsprache muss durch ein Sprachzertifikat auf C1 Niveau (gem. dem gemeinsamen europäischen Referenzrahmen für Sprachen) zum Ende des Studiums nachgewiesen werden.
 - Das Modul „Internationale Kompetenz I“ ist in der Regel vor Beginn des Auslandsaufenthaltes erfolgreich abzuschließen.
- (3) Vor Beginn des Auslandsaufenthaltes werden in einem „Learning Agreement“ die Fächer bzw. Module, die an der Hochschule im Ausland belegt werden, zwischen dem Studierenden, der Hochschule Biberach sowie der Hochschule im Ausland vereinbart. Die an einer Hochschule im Ausland zu erbringenden Studien- und Prüfungsleistungen richten sich nach dem dortigen Angebot. Die Hochschule im Ausland entscheidet über die Zulassung zur Prüfung zu den im „Learning Agreement“ vereinbarten Leistungen.
- (4) Unter den 60 Leistungspunkten, die für das Studienmodell International erworben werden müssen, können maximal 50 Leistungspunkte im Ausland erworben werden. Darüber hinaus erworbene Prüfungsleistungen können auf Antrag des Studierenden im Zeugnis als Zusatzfach aufgenommen werden. Näheres regelt § 4 (8).
Fehlende Leistungspunkte können auf Antrag durch Prüfungsleistungen an der Hochschule Biberach ersetzt werden, worüber der Prüfungsausschuss entscheidet. Wurde an der Hochschule im Ausland die Mindestanzahl von 12 Leistungspunkten (pro Semester) nicht erbracht, entscheidet der Prüfungsausschuss, ob die Teilnahme am Studienmodell „Bachelor International“ erfolgreich war.
- (5) Nach Beendigung des Auslandsaufenthaltes ist das Modul „Internationale Kompetenz II“ zu absolvieren. Dies beinhaltet die Teilnahme an einem Studiengang übergreifenden Abschlussseminar „Workshop Internationalisierung“ in dem jeder Studierende u.a. hochschulöffentlich eine Präsentation in



englischer Sprache zu seinem Auslandsaufenthalt hält.

- (6) Die Studien- und Prüfungsleistungen des Studienmodells „Bachelor International“ sind in der nachfolgenden Tabelle festgehalten. Die Eingliederung des Modells in die Studiengänge wird im besonderen Teil der Studien- und Prüfungsordnung geregelt. Die im Studienmodell „Bachelor International“ erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen werden bei der Berechnung der Gesamtnote nicht berücksichtigt. Ausnahmen sind zulässig und im besonderen Teil der Studien- und Prüfungsordnung geregelt.

Studienmodell "Bachelor International": Auslandsstudium (AS) u. Prüfungsleistungen an der HBC (Präzisierungen finden sich im Besonderen Teil der SPO)								
Lehrveranstaltung	Art	SWS			PVL	Prüfungsleistung	Dauer (Min.)	Modul / LP
		vor AS	AS	nach AS				
Modul Internationale Kompetenz I								
Interkulturelles Training (Studium Generale)	S	2				Stu		2
Sprachkurs mit Abschluss	V + Ü	2				Stu		2
Englischsprachige Lehrveranstaltung	V	2				Stu		2
Auslandsstudium								
50								
Vorlesungen nach Learning Agreement bzw. Praktikum								
Modul Internationale Kompetenz II								
4								
Mentoring Gaststudent (ggfs. vor AS möglich)	S			2		Stu		2
Workshop Internationalisierung	V + Ü			2		Stu		2

Stu = Studienarbeit

§ 4b Auslandssemester

- (1) Die Erbringung von Studien- und Prüfungsleistungen an einer ausländischen Hochschule ist möglich.
- (2) Studierende, die ein oder mehr Semester im Ausland verbringen (outgoings), müssen dies gegenüber dem Studiengang und dem Prüfungsamt im Vorfeld schriftlich bekannt geben (für Bachelor International s. § 4a). Darüber hinaus ist dem Prüfungsamt schriftlich bekannt zu geben, ob der Studierende in dem benannten Semester an Prüfungen teilnimmt.
- (3) Nach der Rückkehr an die HBC ist der Antrag auf Anerkennung bis zum Mittwoch der 8. Vorlesungswoche beim Prüfungsamt einzureichen. Näheres regelt die hochschuleigene Satzung der Hochschule Biberach über die Anerkennung und Anrechnung von Qualifikationen.

§ 4c Incomings

Studierende, die ein oder mehr Semester an der Hochschule Biberach verbringen (incomings), müssen an den folgenden Veranstaltungen teilnehmen:



Incomings: Auslandsstudium (AS) u. Prüfungsleistungen an der HBC				
Lehrveranstaltung	Art	SWS	Prüfungsleistung	Modul / LP
Modul Incomings (Ausland)*				
Intercultural Training for Incomings	S	1	P	1
German Language Course Beginners (A1)	V+Ü	2	Portfolio	2
German Language Course Intermediate (A2/B1)	V+Ü	2	Portfolio	2
German Language Course Advanced (B2)	V+Ü	2	Portfolio	2

* Von den angegebenen German Language Courses ist mindestens einer zu belegen. Über die fachliche Einstufung entscheidet der Dozent; P = Präsentation; Portfolio = umfasst einen mündlichen und einen schriftlichen Teil

Die erfolgreich absolvierten Leistungen werden im transcript of records aufgeführt.

§ 4d Urlaubssemester

- (1) Studierende dürfen in besonderen Fällen ein Urlaubssemester beantragen. Der Grund muss schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden (Mitwirkungspflicht des Studierenden). Der Antrag ist beim Studiendekan bis spätestens vor Vorlesungsbeginn zu stellen. Urlaubssemester werden stets nur für die Dauer von einem Semester bewilligt.
- (2) Die Zeit der Beurlaubung während eines Hochschulstudiums soll zwei Semester nicht übersteigen.
- (3) Die Entscheidung über den Antrag trifft der Studiendekan.
- (4) Für das erste Fachsemester sowie für das Praxissemester kann kein Urlaubssemester beantragt werden.
- (5) Urlaubssemester zählen als Hochschulsesemester, aber nicht in die Regelstudienzeit.
- (6) Studierenden, die sich in einem Urlaubssemester befinden, dürfen nicht an Lehrveranstaltungen teilnehmen. Die Teilnahme an Prüfungen ist gestattet, jedoch dürfen maximal 3 Prüfungen absolviert werden.

§ 5 Teilzeitstudium

Das Studium kann als Teilzeitstudium durchgeführt werden. Ein Teilzeitstudium kann semesterweise wahrgenommen werden.

§ 6 Praktische Studiensemester

- (1) In die Bachelorstudiengänge ist ein praktisches Studiensemester integriert. Die Lage des praktischen Studiensemesters ist im Besonderen Teil geregelt.
- (2) Das sechsmonatige verpflichtende praktische Studiensemester ist in einem Unternehmen oder einer anderen Einrichtung der Berufspraxis (Praxisstelle) zu absolvieren. Die wöchentliche/tägliche Anwesenheitszeit in der Praxisstelle kann zwischen den Studenten und dem Unternehmen / der Praxisstelle flexibel vereinbart werden. Zur prüfungsrelevanten Anerkennung des praktischen



Pflichtstudiensemesters muss der Student eine Anwesenheit von mindestens 95 Präsenztage in dem Unternehmen / der Praxisstelle nachweisen. Der fehlende Nachweis oder das Nichterreichen der 95 Präsenztage ändert nichts an dem Charakter als verpflichtendes praktisches Studiensemester. Während des praktischen Studiensemesters werden Studierende in der Regel von einem Professor im Umfang von bis zu vier Stunden betreut. Zu Beginn und am Ende des praktischen Studiensemesters werden Blockveranstaltungen zur Einführung in die Aufgaben des praktischen Studiensemesters und zur Nachbereitung der im praktischen Studiensemester gemachten Erfahrungen veranstaltet. Letztere sollen auch als Informationsveranstaltungen für Praxisstellen-Suchende aus niedrigeren Semestern dienen. Diese Blockveranstaltungen sind Pflichtveranstaltungen. Näheres regelt der Besondere Teil.

- (3) Die Hochschule arbeitet in allen die berufspraktische Ausbildung der Studierenden betreffenden Fragen mit den Praxisstellen zusammen.
- (4) Über die Ausbildung während des praktischen Studiensemesters haben die Studierenden schriftliche Berichte zu erstellen und diese von der Praxisstelle bestätigen zu lassen. Am Ende des praktischen Studiensemesters stellt die Praxisstelle einen Tätigkeitsnachweis aus, der Art und Inhalt der Tätigkeit, Beginn und Ende der Ausbildungszeit sowie Fehlzeiten ausweist. Auf der Grundlage der Praxisberichte und des Tätigkeitsnachweises wird entschieden, ob die Studierenden das praktische Studiensemester erfolgreich abgeleistet haben; wird das praktische Studiensemester nicht als erfolgreich abgeleistet anerkannt, so kann es einmal wiederholt werden. Zuständig für die Entscheidung ist der jeweilige Leiter des Praktikantenamtes.
- (5) Die Beschaffung eines Platzes für das praktische Studiensemester obliegt den Studierenden. Die Praxisstellen sind von den Studierenden vorzuschlagen und vom Dekan oder von einem von diesem beauftragten Professor zu genehmigen; in Zweifelsfällen entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (6) Ein praktisches Studiensemester soll nur begonnen werden, wenn die Studien- und Prüfungsleistungen der vorangegangenen Studiensemester erfolgreich erbracht wurden. Im Besonderen Teil ist festgelegt, welche Studien- und Prüfungsleistungen zur ordnungsgemäßen Durchführung des praktischen Studiensemesters mindestens erbracht sein müssen.
- (7) Die Hochschule richtet Praktikantenämter für die Studiengänge ein. Den Praktikantenämtern obliegt die organisatorische Abwicklung der praktischen Studiensemester, die Koordination der Ausbildungsinhalte und die Pflege der Beziehungen zu den Praxisstellen.

§ 7 Prüfungsaufbau

- (1) Die Bachelor- und Masterprüfung besteht aus benoteten und unbenoteten Modulprüfungen sowie der benoteten Bachelor- bzw. Masterarbeit. Einzelheiten sind im Besonderen Teil festgelegt.
- (2) Soweit studienabschnittabschließende Prüfungen zu erbringen sind, ist dies im Besonderen Teil geregelt. Dort ist auch geregelt, ob der Studierende Prüfungsleistungen eines Folgeabschnitts ableisten kann, wenn er Prüfungsleistungen eines vorangegangenen Studienabschnitts noch nicht erbracht hat.
- (3) Modulprüfungen bestehen aus einer oder mehreren studienbegleitenden Modulteilprüfung(en). Im Besonderen Teil werden für jedes Modul die den einzelnen Lehrveranstaltungen der Studiensemester zugeordneten Studienleistungen festgelegt, die für die Zulassung zur jeweiligen Modul-/Modulteilprüfung zu erbringen sind (Prüfungsvorleistungen).



§ 8 Verlust der Zulassung zum Studiengang und des Prüfungsanspruchs; Fristen

- (1) Die Prüfungsleistungen zur Bachelorprüfung zu eventuell erforderlichen Vor- oder Zwischenprüfungen sollen spätestens bis zu dem im Besonderen Teil festgelegten Semester, die Prüfungsleistungen zur Bachelor- und Masterprüfung bis zu der in § 4 festgelegten Regelstudienzeit abgelegt sein.
- (2) Der Prüfungsanspruch für den Bachelorstudiengang erlischt, wenn die Zwischenprüfung in Bachelorstudiengängen mit einem 1. Studienabschnitt von 2 Studiensemestern nicht innerhalb von vier Fachsemestern und in Bachelorstudiengängen mit einem 1. Studienabschnitt von drei Studiensemestern nicht innerhalb von fünf Fachsemestern erbracht wird, es sei denn, die Fristüberschreitung ist durch die zu prüfende Person nicht zu vertreten.
Der Prüfungsanspruch für die Bachelorstudiengänge erlischt, wenn die Abschlussprüfung nicht innerhalb der in § 4 Abs. 1 festgelegten Regelstudienzeit zuzüglich drei weiterer Fachsemester erbracht wird, es sei denn, die Fristüberschreitung ist nicht durch die zu prüfende Person zu vertreten. Sollte der bisherige Studienverlauf zeigen, dass die Studiendauer die Regelstudienzeit zuzüglich 3 weiterer Fachsemester voraussichtlich überschreiten wird, muss der Studierende einen Antrag auf Studienzeitverlängerung stellen, über diesen Antrag und ob der Prüfungsanspruch verloren geht, entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (3) Der Prüfungsanspruch für die Masterstudiengänge erlischt, wenn die Abschlussprüfung nicht innerhalb der in § 4 Abs. 1 festgelegten Regelstudienzeit zuzüglich zwei weiterer Fachsemester erbracht wird, es sei denn, die Fristüberschreitung ist nicht durch die zu prüfende Person zu vertreten.
- (4) Studierende können von Amts wegen exmatrikuliert werden, wenn eine Abschlussprüfung bis zum Ablauf von 20 Semestern aus von ihnen selbst zu vertretenden Gründen nicht abgelegt worden ist.

§ 8a Mutterschutz, Erziehungs- und Betreuungszeiten, Pflegezeiten

- (1) Studierende, die
 1. Mutter werden, können für die sechs Wochen vor der Entbindung und bis zum Ablauf von acht Wochen nach der Entbindung Mutterschutz gemäß den nachfolgenden Absätzen in Anspruch nehmen;
 2. mit einem eigenen oder einem Kind im Sinne des jeweils gültigen Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Elternzeit (§ 15 BEEG) in einem Haushalt leben und dieses Kind selbst betreuen und erziehen, können bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres dieses Kindes Elternzeit gemäß den nachfolgenden Absätzen in Anspruch nehmen. Bei mehreren Kindern besteht der Anspruch auf die Elternzeit für jedes Kind, auch wenn sich die Zeiträume überschneiden;
 3. ein Kind gemäß Nr. 2 bis zum Alter von zehn Jahren pflegen und erziehen oder Familienangehörige betreuen, die schwerbehindert oder pflegebedürftig sind, können Betreuungszeiten gemäß den nachfolgenden Absätzen in Anspruch nehmen;
 4. Pflegebedürftige nahe Angehörige im Sinn von § 7 des Pflegezeitgesetzes pflegen, können bis zur Dauer von 6 Semestern gemäß den nachfolgenden Absätzen in Anspruch nehmen.
- (2) Die Inanspruchnahme der aus Absatz 1 abgeleiteten Rechte ist gegenüber der Hochschule durch



schriftlichen Antrag geltend zu machen. Der Antrag ist 4 Wochen vor dem Zeitpunkt, zu dem der Mutterschutz, die Erziehungs- oder Betreuungszeit beginnen soll, zu stellen. Er kann auch während des laufenden Semesters gestellt werden. Für jedes neue Semester ist eine Verlängerung für das jeweilige Semester zu beantragen. Für den Mutterschutz ist auf Verlangen der Hochschule das Zeugnis eines Arztes oder einer Hebamme vorzulegen. In den weiteren Fällen des Absatzes 1 sind Nachweise vorzulegen, welche geeignet sind, die genannten Voraussetzungen zu belegen.

- (3) Wird die besondere Situation nach Absatz 1 durch die Hochschule anerkannt, dann sind sämtliche in dieser Studien- und Prüfungsordnung geregelten Fristen unterbrochen. Das Thema einer ausgegebenen Bachelor- und Masterthesis gilt auf Antrag des Studierenden als nicht vergeben. Die Studierenden werden vom Studium gemäß § 61 Abs. 3 LHG beurlaubt. Beträgt die Dauer einer Beurlaubung nach Absatz 1 insgesamt mehr als 6 Semester, so ist das Studium nach der dann geltenden Studien- und Prüfungsordnung fortzusetzen. Der Prüfungsausschuss trifft für die betroffenen Studierenden eine Übergangsregelung, um gravierende Nachteile und eine erhebliche Verlängerung der Studiendauer zu vermeiden.
- (4) Für Betreuungszeiten soll der zuständige Prüfungsausschuss eine Verlängerung der nach § 8 maximal zulässigen Studienzeit um bis zu drei Semester im Bachelorstudiengang und bis zu zwei im Masterstudiengang gewähren. Dies setzt voraus, dass die bisherigen Studienleistungen einen erfolgreichen Abschluss des Studiums erwarten lassen. Der Studierende ist für die Dauer der Betreuungszeit vom Studium gemäß § 61 LHG beurlaubt. Die Möglichkeit zur Teilnahme an Prüfungen bleibt erhalten. Die Bearbeitungsfrist der Bachelor- bzw. Masterarbeit kann nicht durch Betreuungszeiten unterbrochen werden.

§ 9 Studien- und Prüfungsleistungen, allgemeine Zulassungsvoraussetzungen, Externenprüfung und Sonderregelungen

- (1) Die Lehrveranstaltungen sowie die Studien- und Prüfungsleistungen werden in der Regel auf Deutsch angeboten und abgenommen. Nach Ankündigung können sowohl die Lehrveranstaltungen als auch Studien- und Prüfungsleistungen in Englisch angeboten und abgenommen werden. Näheres regeln die besonderen Teile.
- (2) Die Prüfungsleistungen werden in der Regel während der Prüfungswochen außerhalb der Vorlesungszeit des Studienseesters erbracht.
- (3) Eine Prüfungsleistung kann im Rahmen der Prüfungsfristen nur ablegen, wer im betreffenden Studiengang eingeschrieben ist und den Prüfungsanspruch für den betreffenden Studiengang nicht verloren und die Prüfungsvorleistungen für die jeweilige Modul-bzw. Modulteilprüfung bestanden hat.
- (4) Das Anmeldeverfahren wird vom Prüfungsamt festgelegt.
- (5) Die Hochschule kann Vor- und Zwischenprüfungen sowie Abschlussprüfungen für nicht immatrikulierte Studierende (Externenprüfung) durchführen. Die Zulassungsvoraussetzungen zur Externenprüfung werden in einer gesonderten Prüfungsordnung festgelegt.
- (6) Prüfungsleistungen können durch folgende Prüfungsarten erbracht werden:
 - Mündliche Prüfungen
 - Mündliche Einzel- oder Gruppenprüfung



- Kolloquium
- Referat
- Posterpräsentation
- Schriftliche Prüfungen
 - Klausur
 - Hausarbeit
 - Laborarbeit
 - Projektarbeit
 - Studienarbeit
 - Protokoll /Praktikumsbericht
 - Portfolio (umfasst keine Klausuren)
- Digitale Prüfungen
 - Interaktive Szenarien mit Entscheidungsbäumen (z.B. juristische Fallbeispiele)
 - Planspiele (z.B. Wirtschaftssimulationen, politische Simulationen)
 - unter Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI)

- (7) Bei unbenoteten Prüfungsleistungen sind auch andere Prüfungsarten möglich. Bei Projektarbeiten, Hausarbeiten oder Referaten kann die Teilnahme an einer gemeinsamen Erarbeitung in einer Gruppe von Studierenden (Teamarbeit) als Prüfungsvorleistung vorgesehen werden. Hierüber entscheidet der Prüfer und gibt dies zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt. Für Prüfungsvorleistungen kommen im Übrigen alle in Abs. 6 vorgesehenen Prüfungsarten in Frage. Über das erfolgreiche Erbringen entscheidet der Prüfer.
- (8) Schriftliche Prüfungsleistungen ausschließlich nach dem Multiple-Choice-Verfahren sind in der Regel ausgeschlossen.
- (9) Liegen in der Person einer oder eines zu Prüfenden Beeinträchtigungen aufgrund einer Behinderung oder einer chronischen Krankheit vor, die das Ablegen einer Prüfungsleistung in der vorgeschriebenen Form erschweren, kann der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag angemessene Maßnahmen zum Ausgleich der Beeinträchtigung treffen, oder, soweit das Ziel der jeweiligen Prüfungsleistung gleichwertig nachgewiesen werden kann, gestatten, die Prüfungsleistung in einer anderen Form zu erbringen. Der Antrag ist mit der Prüfungsanmeldung zu stellen. Auf Nachweis von Fähigkeiten, die zum Leistungsbild der abgenommenen Prüfung gehören, darf nicht verzichtet werden. Die Beeinträchtigung ist darzulegen und durch ein ärztliches Zeugnis, das die notwendigen Befunde enthält, nachzuweisen. Der Prüfungsausschuss kann die Vorlage eines Attestes eines von ihm benannten Arztes verlangen.

§ 9a Elektronische Präsenz- und Fernprüfungen

- (1) Prüfungen, die unter Einsatz elektronischer Informations- und Kommunikationssysteme in Präsenz in den Räumlichkeiten der Hochschule erbracht werden (elektronische Präsenzprüfungen), sowie Prüfungen, die unter Einsatz elektronischer Informations- und Kommunikationssysteme außerhalb der Räumlichkeiten der Hochschule erbracht werden (elektronische Fernprüfungen) sind zulässig. Satz 1 gilt entsprechend für in Textform erbrachte, mündliche oder praktische elektronische Fernprüfungen, die jeweils unter Videoaufsicht durchgeführt werden.
- (2) Näheres regelt die hochschuleigene Satzung der Hochschule Biberach über die Erprobung digitaler



Prüfungen an der Hochschule Biberach.

§ 9b Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI)

- (1) Der Einsatz von Systemen Künstlicher Intelligenz (KI) zur Erbringung von Prüfungsleistungen ist grundsätzlich zulässig. Der konkrete Umfang und die Art der zulässigen Nutzung sind vom Prüfer festzulegen und den Studierenden vor Beginn der Prüfungsleistung in geeigneter Form bekannt zu geben.
- (2) Wird Künstliche Intelligenz im Rahmen einer Prüfungsleistung verwendet, ist dies von den Studierenden in geeigneter Weise offenzulegen und kenntlich zu machen. Unterbleibt eine solche Offenlegung, kann dies als Täuschungsversuch gemäß §14 gewertet und die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (Note 5,0) bewertet werden. Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz durch Studierende ohne vorherige Festlegung oder Genehmigung durch die prüfungsverantwortliche Person ist unzulässig und kann ebenfalls als Täuschungsversuch gewertet und mit „nicht ausreichend“ (Note 5,0) bewertet werden.
- (3) Für den zulässigen Einsatz von Künstlicher Intelligenz soll nach Möglichkeit die vom Land Baden-Württemberg bereitgestellte Software „**bwGPT**“ verwendet werden.

§ 10 Mündliche Prüfungsleistungen

- (1) Durch mündliche Prüfungsleistungen sollen die Studierenden nachweisen, dass sie die Zusammenhänge des Prüfungsgebiets erkennen und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge einzuordnen vermögen. Ferner soll festgestellt werden, ob sie über breites Grundlagenwissen verfügen.
- (2) Mündliche Prüfungsleistungen werden in der Regel vor mindestens zwei Prüfern (Kollegialprüfung) oder vor einem Prüfer in Gegenwart eines Beisitzers (§ 23) als Gruppenprüfung oder als Einzelprüfung abgelegt.
- (3) Die Dauer der mündlichen Prüfungsleistungen wird im Besonderen Teil festgelegt.
- (4) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungsleistungen sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis ist den geprüften Personen jeweils im Anschluss an die mündlichen Prüfungsleistungen bekannt zu geben.
- (5) Studierende, die sich in einem späteren Prüfungstermin der gleichen Prüfung unterziehen wollen, sollen nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörende zugelassen werden, es sei denn, die zu prüfende Person widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse.

§ 11 Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten

- (1) In den Klausurarbeiten und sonstigen schriftlichen Arbeiten sollen die Studierenden nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden ihres Faches Aufgaben lösen und Themen bearbeiten können. In der Klausur soll ferner festgestellt werden, ob sie über notwendiges Grundlagenwissen verfügen. In den Klausurarbeiten können Themen zur Auswahl gestellt werden.
- (2) Das Bewertungsverfahren soll vier Wochen nicht überschreiten.



- (3) Die Dauer der Klausuren und sonstigen schriftlichen Arbeiten wird im Besonderen Teil festgelegt.

§ 12 Bachelorarbeit und Masterarbeit

- (1) Bachelor- und Masterarbeit sind Prüfungsarbeiten. Sie sollen zeigen, dass innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus dem Fach selbständig nach wissenschaftlichen Methoden bearbeitet werden kann.
- (2) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit wird von einem Professor oder, soweit Professoren nicht als Prüfer zur Verfügung stehen, von Lehrbeauftragten und Lehrkräften für besondere Aufgaben ausgegeben und betreut, soweit diese in einem für den jeweiligen Studiengang relevanten Bereich tätig sind. Ausnahmen sind zulässig und im Besonderen Teil bzw. der Fachspezifischen Studien- und Prüfungsordnung für den gemeinsamen konsekutiven Masterstudiengang Industrielle Biotechnologie der Hochschule Biberach und der Universität Ulm geregelt. Die Bachelor- bzw. Masterarbeit kann auch von in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrenen Personen, die selbst mindestens die durch die Diplom-/Bachelor- bzw. Masterprüfung im jeweiligen Studiengang erworbene oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen, ausgegeben und betreut werden. Soll die Bachelor- bzw. Masterarbeit in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.
- (3) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit erbracht werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des Einzelnen deutlich erkennbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.
- (4) Die Bearbeitungszeit für die Bachelor- bzw. Masterarbeit wird im Besonderen Teil festgelegt. Dort ist auch festgelegt, welche Modul-/Modulteilprüfungen bei Ausgabe der Bachelor- bzw. Masterarbeit mindestens erbracht sein müssen. Sollten im Besonderen Teil der Prüfungsordnung keine früheren Anmeldefristen vorgeschrieben sein, ist die Bachelor- bzw. Masterarbeit spätestens 3 Monate nach Bekanntgabe des erfolgreichen Abschlusses aller anderen Modulprüfungen anzumelden.
- (5) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit der Studiengänge ist fristgerecht beim Prüfungsamt abzugeben; für die Bachelorstudiengänge Architektur, Pharmazeutische Biotechnologie, Industrielle Biotechnologie sowie für die Masterstudiengänge Ressourcenschonende Architektur und Engineering Management, wird die Abgabe gesondert geregelt. Die Ausfertigungsform für den Prüfer ist mit eben diesem zu besprechen. Die Bachelor- bzw. Masterarbeit für das Archiv wird in digitaler Form im Prüfungsamt eingereicht. Der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Bei der Abgabe ist schriftlich zu versichern, dass die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit der entsprechend gekennzeichnete Anteil der Arbeit - selbständig verfasst und keine anderen Hilfsmittel als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt wurden.
- (6) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit kann mit einem Kolloquium ergänzt werden (Näheres wird im Besonderen Teil festgelegt). Ein Kolloquium ist ein wissenschaftliches Fachgespräch, welches dazu dienen soll, die wissenschaftliche Arbeit zu präsentieren und zu verteidigen.
- (7) Sofern die Bachelor- bzw. Masterarbeit von zwei Prüfern bewertet wird, so ergibt sich die Endnote als arithmetisches Mittel der Einzelnoten. Die Differenz zwischen der Einzelnoten darf dabei höchstens 0,7 betragen. Überschreitet die Notendifferenz diesen Wert, haben sich die Prüferinnen oder Prüfer auf



eine gemeinsame Note zu verständigen.

- (8) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit kann bei einer Bewertung, die schlechter als „ausreichend“ (4,0) ist, einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Die Ausgabe eines neuen Themas ist innerhalb einer Frist von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Nichtbestehens schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. Wird die Antragsfrist versäumt, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, das Versäumnis ist von der zu prüfenden Person nicht zu vertreten.

§ 13 Bewertung der Prüfungsleistungen/ECTS-Noten

- (1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung;
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über dem Durchschnitt liegt;
3 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen werden die einzelnen Noten um 0,3 auf Zwischenwerte erhöht oder erniedrigt; die Noten 0,7, 4,3 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

- (2) Besteht eine Prüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, errechnet sich die Note aus dem Durchschnitt der festgesetzten Noten. Dabei wird den Noten einzelner Prüfungsleistungen entsprechend der Regelung im Besonderen Teil ein besonderes Gewicht beigemessen. Zudem wird im Besonderen Teil geregelt ob alle Prüfungsleistungen, die zu einer Prüfungsleistung gezählt werden, bestanden sein müssen.

Die Note lautet:

Bei einem Durchschnitt bis einschließlich 1,5	= sehr gut;
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis einschließlich 2,5	= gut;
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis einschließlich 3,5	= befriedigend;
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis einschließlich 4,0	= ausreichend;
bei einem Durchschnitt von 4,1 oder höher	= nicht ausreichend.

- (3) Bei der Durchschnittsbildung wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.
- (4) Für die Bildung der Modulnoten gilt die im Besonderen Teil ausgewiesene Gewichtung.
- (5) Für die Bewertung der Abschlussnote nach der Benotungsskala des European Credit Transfer System (ECTS-Noten, ECTS-Grades) gilt folgendes Ermittlungs- und Zuordnungsschema:
Die ECTS-Note wird an genau zwei Stichtagen ermittelt: am 1. März und am 1. September jeweils für die letzten vier Jahrgänge des Studiengangs ggf. bei Bedarf unter Berücksichtigung verwandter Studiengänge der Hochschule Biberach, wenn für einen Studiengang keine ausreichende Mindestgröße



(50 Noten) vorliegt. Nachträglich auftretende Notenänderungen werden in der Notenverteilung nicht berücksichtigt.

Die ECTS-Bewertungsskala gliedert die Leistung der Studierenden nach statistischen Gesichtspunkten. Die erfolgreichen Studierenden erhalten folgende Noten:

A	=	die besten	10 %	=	excellent
B	=	die nächsten	25 %	=	very good
C	=	die nächsten	30 %	=	good
D	=	die nächsten	25 %	=	satisfactory
E	=	die nächsten	10 %	=	sufficient

- (6) Die relative ECTS-Note wird sowohl im Abschlusszeugnis als auch im Diploma Supplement ausgewiesen.

§ 14 **Anmeldung, Abmeldung, Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß**

- (1) Die Studierenden müssen zur Teilnahme an den im Besonderen Teil vorgeschriebenen Modul- bzw. Modulteilprüfungen (Prüfungsleistungen) angemeldet sein. Die Anmeldung erfolgt automatisch durch die Verwaltung der Hochschule (Pflichtanmeldung)

1. In den **theoretischen** Studiensemestern

- zu den Prüfungsleistungen der Pflichtmodule, die den Lehrveranstaltungen des theoretischen Studiensemesters zugeordnet sind, in dem der Studierende eingeschrieben ist,
- zu den noch nicht erfolgreich abgeleisteten Prüfungsleistungen der Pflichtmodule aus vorangegangenen Semestern,
- zu den gewählten Prüfungsleistungen der Wahlpflichtmodule
- zu den Wiederholungsprüfungen nicht bestandener Prüfungsleistungen der Wahlpflichtmodule.

2. Im verpflichtend integrierten **praktischen** Studiensemester

- zu den Prüfungsleistungen der Pflichtmodule, die dem verpflichtend integrierten praktischen Studiensemester zugeordnet sind

Durch Antrag des Studierenden an das Prüfungsamt bis spätestens zum Mittwoch der 8. Woche nach Vorlesungsbeginn erfolgt die Anmeldung

1. in den **theoretischen** Studiensemestern

- zu Prüfungsleistungen von Lehrveranstaltungen, die einem höheren theoretischen Studiensemester zugeordnet sind als dem, in dem der Studierende eingeschrieben ist, sofern die vorangegangene studienabschnittsabschließende Prüfung nachgewiesen ist § 7 (2)
- zu Zusatzfächern gemäß § 4 (8).

2. im verpflichtend integrierten **praktischen** Studiensemester

- zu den noch nicht erfolgreich abgeleisteten Prüfungsleistungen der Pflicht und Wahlpflichtmodule aus vorangegangenen Semestern,
- zu Prüfungsleistungen von Lehrveranstaltungen, die einem höheren theoretischen Studien-



semester zugeordnet sind als dem, in dem der Studierende eingeschrieben ist, sofern die vorangegangene studienabschnittsabschließende Prüfung nachgewiesen ist § 7 (2).

Liegen die für die Prüfungsteilnahme notwendigen Voraussetzungen vor (§ 7 Abs. 3), so wird die zu prüfende Person mit der Anmeldung zu der jeweiligen Prüfungsleistung zugelassen.

Eine verspätete Anmeldung von Prüfungsleistungen ist bis zum Freitag der 15. Woche nach Vorlesungsbeginn, gegen eine Säumnisgebühr (alle Prüfungsformen) möglich. Liegt keine Anmeldung zur Prüfungsleistung vor, darf die Prüfungsleistung nicht abgelegt werden.

- (2) Die Studierenden können sich von Prüfungsleistungen, zu denen sie erstmalig angemeldet wurden, ohne Angaben von Gründen bis einen Kalendertag vor dem Tag der jeweiligen Prüfung über das Onlineportal der Hochschule (LSF) abmelden. Danach ist eine Abmeldung grundsätzlich ausgeschlossen.

Aus triftigen Gründen kann ein Antrag auf nachträgliche Prüfungsabmeldung bis unmittelbar vor Prüfungsbeginn gestellt werden. Der für die nachträgliche Abmeldung geltend gemachte Grund muss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Über den Antrag entscheidet der Prüfungsausschuss. Eine Abmeldung von Wiederholungsprüfungen ist nicht zulässig.

- (3) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) oder „nicht bestanden“ bewertet, wenn die zu prüfende Person einen Prüfungstermin ohne triftigen Grund versäumt hat oder die Wiederholungsfrist nach §16 (2) verstreichen lässt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit erbracht wird. Ein Rücktritt während oder nach einer Prüfung ist grundsätzlich ausgeschlossen. Dauerhafte Beeinträchtigungen berechtigen nicht zum Prüfungsrücktritt; die Möglichkeit des Nachteilsausgleichs bleibt vorbehalten.
- (4) Versucht jemand, das Ergebnis seiner Prüfungsleistungen durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel während des Prüfungsverfahrens zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Versucht jemand durch Beihilfe zur Täuschung das Ergebnis der Prüfungsleistung eines anderen Studierenden zu beeinflussen, wird dessen Prüfungsleistung ebenfalls mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die zu prüfende Person von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.
- (5) Wer den ordnungsgemäßen Ablauf des Prüfungstermins stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die zu prüfende Person von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.
- (6) Die von der Entscheidung betroffene Person kann innerhalb einer Frist von 4 Wochen verlangen, dass die Entscheidungen nach Abs. 5 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind ihr unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 15 Bestehen von Prüfungen

- (1) Eine Modulteilprüfung ist bestanden, wenn Sie mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurde.



- (2) Eine Modulprüfung ist bestanden, wenn alle ihr zugeordneten Modulteilprüfungen bestanden sind. Leistungspunkte werden nur für bestandene Modul- oder Modulteilprüfungen vergeben.
- (3) Eine gegebenenfalls erforderliche Vor- oder Zwischenprüfung im Bachelorstudiengang ist bestanden, wenn alle bis zu diesem Zeitpunkt zu erbringenden Modulprüfungen bestanden sind. Einzelheiten sind im Besonderen Teil geregelt.
- (4) Die Bachelorprüfung ist bestanden, wenn alle Modul-/Modulteilprüfungen und die Bachelorarbeit bestanden sind, die sich aus dem Besonderen Teil ergebenden Nebenbedingungen erfüllt sind und die erforderliche Anzahl von 240 Leistungspunkten im Studiengang Architektur oder mindestens 210 Leistungspunkte in den anderen Studiengängen erbracht sind.
- (5) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Modul-/Modulteilprüfungen und die Masterthesis bestanden sind, die sich aus dem Besonderen Teil ergebenden Nebenbedingungen erfüllt sind und die erforderliche Anzahl von 60 Leistungspunkten im Studiengang Ressourcenschonende Architektur oder mindestens 90 Leistungspunkten in den anderen Studiengängen erbracht sind.

§ 16 Wiederholbarkeit von Prüfungen

- (1) Nicht bestandene Modul- oder Modulteilprüfungen können einmal wiederholt werden. Die Wiederholung einer bestandenen Modul- oder Modulteilprüfung ist in der Regel nicht zulässig. Ausnahmen sind für die Studiengänge Architektur gemäß §26 und §37 zulässig. Fehlversuche an anderen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland werden angerechnet. Darüber hinaus steht jedem Studierenden eine zweite Wiederholung (Drittversuch) einer nicht bestandenen Prüfung unter der Voraussetzung zu, dass er dem Prüfungsamt nachweist, dass er an einer studienfachlichen Beratung teilgenommen hat. Wird der Drittversuch mit „nicht bestanden“ (5,0) bewertet, so wird die Prüfungsleistung als endgültig nicht bestanden dokumentiert. Ein weiterer Versuch (Viertversuch) ist nicht möglich.
- (2) Die Wiederholungsprüfung soll spätestens im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abgelegt werden. Wird die Frist für die Durchführung der Wiederholungsprüfung versäumt, wird dies mit der Note 5,0 bewertet, es sei denn, das Versäumnis ist von der zu prüfenden Person nicht zu vertreten.
Wiederholungsprüfungen im Bereich der Wahlpflichtfächer können durch andere Wahlpflichtfächer gleicher Leistungspunktzahl ersetzt werden, wenn das Wahlpflichtfach im folgenden Semester nicht angeboten wird. Ausnahmen hiervon regeln die Besonderen Teile der Studien- und Prüfungsordnung.
- (3) Mit Bekanntwerden einer Endgültig nicht bestandenen Prüfung, wird der Studierende von sämtlichen verbliebenen Prüfungen des Semesters und Studiengangs abgemeldet. Über das endgültige Nichtbestehen wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen ist.
- (4) Die Bachelor- bzw. Masterarbeit kann nur einmal wiederholt werden (siehe auch § 12 Abs. 6).

§ 17 Endgültiges Nichtbestehen der Bachelor- und Masterprüfung

- (1) Die Bachelor- bzw. Masterprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn
 1. die Bachelor- bzw. Masterarbeit im zweiten Versuch nicht bestanden ist oder als nicht bestanden gilt oder



2. der Prüfungsanspruch aufgrund einer Fristüberschreitung gemäß § 8 verloren wurde oder
3. die Wiederholbarkeit einer Prüfung gemäß § 16 Abs. 2 nicht gegeben ist.

- (2) Über das endgültige Nichtbestehen der Bachelor- bzw. Masterprüfung wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen ist.
- (3) Auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung wird eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten enthält und erkennen lässt, dass die Bachelor- bzw. Masterprüfung nicht bestanden ist.

§ 18 Anrechnung und Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie Vor- oder Zwischenprüfungen

- (1) Anerkennungen und Anrechnungen dienen der Fortführung des Studiums.
- (2) Für die Anrechnung von Studienzeiten sowie von Studien- und Prüfungsleistungen sind die Prüfungsausschüsse der Studiengänge zuständig.
- (3) Näheres regelt die hochschuleigene Satzung der Hochschule Biberach über die Anerkennung und Anrechnung von Qualifikationen.

§ 19 Bildung der Gesamtnote, Zeugnisse, Bachelor- und Masterurkunde

- (1) Die Gesamtnote errechnet sich aus den Modulnoten, den Modulteilprüfungsnoten des Wahlbereichs, soweit sie nicht Modulen zugeordnet sind, und der Note der Bachelor- bzw. Masterarbeit. Einzelheiten, insbesondere die jeweilige Gewichtung der Noten ergibt sich aus dem Besonderen Teil.
- (2) Über eine gegebenenfalls erforderliche und bestandene Vor- oder Zwischenprüfung erhält der Kandidat auf begründete Anfrage ein Zwischenzeugnis, das die in den Modulen erzielten Noten enthält. Das Zwischenzeugnis ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Als Datum des Zwischenzeugnisses ist der Tag anzugeben, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.
- (3) Über die bestandene Bachelor- bzw. Masterprüfung erhält der Kandidat unverzüglich, möglichst innerhalb von 10 Wochen, ein Zeugnis. In das Zeugnis sind die Module und die hierin erzielten Noten, das Thema und die Note der Bachelor- bzw. Masterarbeit sowie die Gesamtnote aufzunehmen. Bei überragenden Leistungen (Gesamtnote mindestens 1,3) wird das Gesamturteil „mit Auszeichnung bestanden“ erteilt. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. Es ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.
- (4) Gleichzeitig mit dem Zeugnis erhält der Kandidat die Bachelor- bzw. Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses. Darin wird die Verleihung des Bachelor- bzw. Mastergrades beurkundet. Die Bachelor- und Masterurkunde wird vom Rektor unterzeichnet und mit dem Siegel der Hochschule versehen. In den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen mit mindestens 6 Theoriesemestern wird neben der Verleihung des akademischen Grades in der Urkunde ein Hinweis aufgenommen, dass die Absolventin/der Absolvent nach den geltenden deutschen Ingenieurgesetzen berechtigt ist, die geschützte Berufsbezeichnung Ingenieurin/Ingenieur zu führen.
- (5) Zusätzlich erhält der Kandidat eine Zeugnisergänzung („transcript of records“) sowie ein in englischer



Sprache ausgestelltes „diploma supplement“ mit dem Datum des Zeugnisses. In der Zeugnisergänzung werden alle absolvierten Module und die ihnen zugeordneten Studienleistungen einschließlich der dafür vergebenen Leistungspunkten und Prüfungsnotenaufgenommen. Das „diploma supplement“ und das „transcript of records“ werden vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet.

- (6) Zeugnisse und Urkunden werden vom Zentralen Prüfungsamt ausgestellt.

§ 20 Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Hat ein Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass ein Kandidat hierüber täuschen wollte und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.
- (3) Den Betroffenen ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zugeben.
- (4) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Bei dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Bachelor- bzw. Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund der Täuschungshandlung für „nicht bestanden“ erklärt wurde.

§ 21 Einsicht in die Prüfungsakte

- (1) Innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird den Kandidaten auf Antrag in angemessener Form Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle gewährt. § 29 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes bleibt unberührt.
- (2) Der Antrag ist formlos schriftlich beim Prüfer zu stellen.

§ 22 Prüfungsausschuss

- (1) Für die Organisation der Prüfungen sowie die durch diese Studien- und Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben wird für jeden Studiengang ein Prüfungsausschuss gebildet. Er hat in der Regel nicht mehr als sieben Mitglieder. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt 2 Jahre. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung
1. über die Folgen von Verstößen gegen Prüfungsvorschriften (§14)
 2. über das Bestehen von Prüfungen (§15)
 3. über die Wiederholbarkeit von Prüfungen (§16 Abs.2)
 4. über das endgültige Nichtbestehen der Bachelor- und Masterprüfung (§8 Abs. 2 und §17)
 5. über die Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen sowie Vor- oder Zwischenprüfungen (§18)
 6. über die Bestellung von Prüfer und Beisitzer (§23)
- (2) Der Vorsitzende, sein Stellvertreter, die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie deren Stell-



vertreter werden von der Fakultät, der der Studiengang zugeordnet ist, aus dem Kreis der Professoren dieser Fakultät und dem Kreis der Professoren anderer Fakultäten, die in dem Studiengang regelmäßig Lehrveranstaltungen abhalten, bestellt. Der Leiter des Praktikantenamtes ist von Amts wegen Mitglied des Prüfungsausschusses. Andere Professoren, Lehrbeauftragte sowie Lehrkräfte für besondere Aufgaben können beratend hinzugezogen werden. Der Vorsitzende führt im Regelfall die Geschäfte des Prüfungsausschusses.

- (3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet regelmäßig der Fakultät über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Bachelorarbeit sowie über die Verteilung der Modul- und Gesamtnoten. Der Bericht ist in geeigneter Weise durch die Hochschule offen zu legen. Der Prüfungsausschuss gibt Anregungen zur Reform des Studienplans und der Studien- und Prüfungsordnung.
- (4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme der Prüfungsleistungen teilzunehmen.
- (5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (6) Der Prüfungsausschuss kann die ihm zugewiesenen Aufgaben ganz oder teilweise auf den Vorsitzenden übertragen.

§ 23 Prüfer und Beisitzer

- (1) Prüfer einer studienbegleitenden Modul- bzw. Modulteilprüfung ist in der Regel, wer eine dieser Modul- bzw. Modulteilprüfung zugrundeliegende Lehrveranstaltung im betreffenden Semester durchgeführt hat. Ausnahmen werden durch den jeweiligen Vorsitzenden des Prüfungsausschusses festgelegt.

Zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer mindestens die dem jeweiligen Prüfungsgegenstand entsprechende fachwissenschaftliche Qualifikation erworben hat und, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern, in dem betreffenden Prüfungsfach eine einschlägige selbständige Lehrtätigkeit ausgeübt hat; sind mehrere Prüfer zu bestellen, soll mindestens ein Prüfer in dem betreffenden Prüfungsfach gelehrt haben. Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die dem jeweiligen Prüfungsgegenstand entsprechende fachwissenschaftliche Qualifikation erworben hat (sachkundiger Beisitzer). Der Vorsitzende des jeweiligen Prüfungsausschusses ist für die Bestellung der Beisitzer zuständig. Bei der Bewertung von schriftlichen Abschlussarbeiten muss ein Prüfer Professor sein. Bei schriftlichen Abschlussarbeiten soll der Betreuer einer der Prüfer sein. Die Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

Zur Abnahme von Prüfungen, die nicht studienbegleitend in Verbindung mit den Lehrveranstaltungen durchgeführt werden (schriftliche Abschlussarbeiten), sind in der Regel nur Professorinnen und Professoren befugt. Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben können zu Prüfern bestellt werden, soweit Professorinnen und Professoren nicht als Prüfer zur Verfügung stehen.

Zu Prüfern können auch in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen bestellt werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen.

Die Bestellung erfolgt durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.



- (2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass dem Kandidaten die Namen der Prüfer rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

§ 24 Elektronische Mitteilungen

- (1) Das Ergebnis von Prüfungsleistungen kann auch elektronisch bekannt gegeben werden.
- (2) Auch sonstige Mitteilungen, Hinweise und Anfragen können elektronisch erfolgen. Sie sind an die der bzw. dem Studierenden durch die Hochschule zugewiesene E-Mail-Adresse zu richten. Am Tage, nachdem die elektronische Nachricht für die Studierende bzw. den Studierenden abrufbar war, gilt der Zugang als erfolgt. Im Übrigen ist für belastende Verwaltungsakte der elektronische Weg ausgeschlossen, solange die bzw. der Studierende der Hochschule seine aktuelle Postanschrift bekannt gegeben hat.

B. Besonderer Teil

- § 26 Bachelorstudiengang Architektur (8. Sem.)
- § 27 Bachelorstudiengang Bauingenieurwesen
- § 27a Bachelorstudiengang Civil Engineering (6. Sem.)
- § 28 Bachelorstudiengang Bau-Projektmanagement/Bauingenieurwesen
- § 28a Bachelorstudiengang Holzbau-Projektmanagement/Bauingenieurwesen
- § 29 Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft (Bau und Immobilien) (ausgelaufen)
- § 29a Bachelorstudiengang Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkten
- § 30 Bachelorstudiengang Medizinische Biotechnologie
- § 31 Bachelorstudiengang Pharmazeutische Biotechnologie
- § 32 Bachelorstudiengang Energiewirtschaft (ausgelaufen)
- § 33 Bachelorstudiengang Industrielle Biotechnologie (ausgelaufen)
- § 34 Bachelorstudiengang Angewandte Biotechnologie
- § 35 Bachelorstudiengang Energie-Ingenieurwesen
- § 36 Masterstudiengang Architektur (ausgelaufen)
- § 37 Masterstudiengang Ressourcenschonende Architektur (2. Sem.)
- § 39 Masterstudiengang Projektmanagement (Bau)
- § 40 Masterstudiengang Betriebswirtschaft
- § 41 Masterstudiengang Bauingenieurwesen
- § 42 Masterstudiengang Engineering Management
- § 43 Masterstudiengang Energie- und Gebäudesysteme
- § 44 Masterstudiengang Industrielle Biotechnologie
- § 45 Masterstudiengang Holzbau-Ingenieurwesen

C. Fachspezifische Studien- und Prüfungsordnung für den gemeinsamen konsekutiven Masterstudiengang Industrielle Biotechnologie der Hochschule Biberach und der Universität Ulm.

D. Schlussbestimmungen



§ 45 Inkrafttreten, Übergangsregelungen

- (1) Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt am 01.März 2026 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Studien- und Prüfungsordnung vom 15.März 2011 außer Kraft.

Biberach, 11.11.2025
gez.

Professor Dr. Matthias Bahr

Rektor der Hochschule Biberach



Bekanntmachung

Veröffentlicht am: 21.11.225